

Krafsauer Zeitung.

Nr. 32.

Mittwoch den 10. Februar

1864.

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: 1 fl. 30 Kr., mit Verrechnung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Kr., einzelne Nummern 5 Kr. Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

VIII. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatt für die viergespaltene Zeile 5 Kr., im Anzeigenblatt für die erste Spalte 3 Kr., für jede weitere 3 Kr. Stempelgebühr für jede Einrückung 30 Kr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Karl Budweiser. — Zusendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchstem Cabinettsbefehl vom 16. October v. J. dem Leibarzt Sr. Majestät des Königs der Belgier, Dr. Koepf, den österreichischen kaiserlichen Orden der eisernen Krone dritter Klasse tarfrei allergnädigst zu verleihen geruht.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. Jänner d. J. allergnädigst zu gefassen geruht, daß der Hofschauspieler, Friedrich Boehm, das ihm verliehene Verdienstkreuz des herzoglich sachsen-erzstiftischen Hausordens annehmen und tragen dürfe.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 30. Jänner d. J. die von der Generalversammlung der Bahnactionäre gewählten Directoren, Dr. Franz Ggger und Lazar Epstein auf die statutenmäßige Dauer allergnädigst zu bestätigen geruht.

Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 10. Februar.

Die „G. Corr.“ schreibt: Das Aufgeben der Dannewerke-Stellung läßt sich, so überraschend es auch erscheinen mußte, daß dies geschah, nachdem durch die brillanten österreichischen Offensivbewegungen in der Fronte erst das Vorterrain der ersten aus drei solchen Linien hintereinander bestehenden, eigentlichen Fortificationslinie genommen war, wohl aus militärischen Gründen allein erklären, wobei natürlich nicht in Abrede gestellt werden soll, daß die Möglichkeit vorliegt, der dänische Oberbefehlshaber General de Meza habe von seinem Monarchen von Flensburg aus den Befehl zur Räumung erhalten und daß diesem Befehl Motive politischer Natur zu Grunde lagen. General de Meza ist, obgleich ein sehr kühner Soldat — es wird ihm sogar Vollständigkeit nachgesagt — doch auch nicht minder ein umsichtiger Feldherr, der es wohl nicht darauf ankommen lassen möchte, die meisten und besten Truppen, welche Dänemark aufzubieten hat, dem numerisch überlegenen Gegner, mit den wirksamsten Angriffsmitteln in Ueberfluß versehen, um die keineswegs sturmfreien Feldschancen der Dannewerke zu bewältigen, was allerdings ein schweres und blutiges Stück Arbeit gewesen wäre, aufreiben oder wie in einer Falle einschließen zu lassen. Das Dannewerk ist ein unter umsichtiger Benützung des Terrains vortrefflich präparierter Wahlplatz, aber es ist keine Festung mit einer Frontlinie auf 2 Meilen; es ist vor Allem die beste Stellung auf der Halbinsel, um eine Schlacht anzunehmen. Das letztere aber konnten die Dänen deren numerische Stärke in Dannewerk mit etwa 30,000 Mann sehr hoch angeschlagen ist, in keinem Fall der Armee von Schleswig-Holstein gegenüber. Es ist überhaupt ein Nachtheil der Position, daß eine active Vertheidigung, d. h. ein Vorkämpfen mit bereit gehaltenen Streitkräften nach einem abgesehenen Angriff fast nirgends möglich ist. Die Größe des österreichischen Erfolges am Nachmittage des 3. Februar besteht eben darin, daß derselbe die Eventualität herbeiführte. Die Dänen wurden auf ihre erste Hauptfortificationslinie zurückgeworfen, verloren alles Vorterrain und mußten in der Gewalt der Oesterreicher den Königsberg lassen, von welchem ein wichtiger Theil ihrer Schanzens bedroht werden konnte. Die Dänen konnten keine Diverzion im fernem Feld mehr wagen, mußten also Bombardement und Erstürmung erwarten. Nun kommt noch dazu, daß der große Werth dieser österreichischen Erfolge wesentlich gesteigert und in entsprechendem Maß die Chance der dänischen Vertheidigung verringert wurde dadurch, daß die linke Flanke derselben nicht bloß bedroht, sondern geradezu umgangen ward. Das geschah dadurch, daß dem Corps des Prinzen Friedrich Carl von Preußen in der Nacht vom 5. auf den 6. der Schlei-Übergang gelang. Von Arnis aus, wo der Uebergang stattfand, war hiedurch die Straße nach Schleswig für unseren rechten (preussischen) Flügel geöffnet. Mit den preussischen Truppen in der Flanke konnten aber die Dänen, denen dann das Dannewerk keine Deckung mehr bot, es nicht aufnehmen, sollten sie zugleich dieses Bollwerk gegen den Frontalangriff vertheidigen. Sie bewerkstelligten noch in derselben Nacht ihren Rückzug auf Flensburg, d. h. offenbar auf die Düppelstellung und die Diverzion unserer tapferen preussischen Waffenbrüder, sicherten also vollständig den Erfolg des meisterhaft berechneten combinirten Angriffs auf die Dannewerke. Es hätte, um dieselbe gegen einen Front- und Seitenangriff zugleich zu behaupten, einer weit stärkeren Macht bedurft, als der dänische Oberbefehlshaber zur Verfügung hatte. Dies geht schon daraus hervor, daß er die hochwichtige Schlei-Stellung nicht vollkommen zu sichern vermochte.

Im britischen Oberhaus verlas Lord Russell die folgenden Depeschen. Zuerst ein Schreiben des eng-

lischen Botschafters in Berlin Sir Andrew Buchanan an Herrn v. Bismarck, wie folgt:

Der unterzeichnete außerordentliche Botschafter und bevollmächtigte Minister Ihrer britannischen Majestät hat die Ehre, Se. Exc. Herrn v. Bismarck, Schönaufen, Minister-Präsident und Minister der Auswärtigen Sr. Majestät des Königs von Preußen, davon in Kenntniß zu setzen, daß die Regierung der Königin, seiner erhabenen Gebieterin, vernommen hat, daß die Regierungen Oesterreichs und Preußens eine drohende Commotion an Dänemark gerichtet haben, er angewiesen worden ist, von Seiten der preussischen Regierung eine förmliche Erklärung zu begehren, daß sie an dem Princip der Integrität der dänischen Monarchie festhält.

Ferner als Antwort eine preussische Depesche an den Grafen Bernstorff, welche in deutscher Sprache folgendermaßen lautet:

Berlin, 31. Januar 1864.

Herr Graf! Indem die königliche Regierung auf die Stipulationen von 1851 und 1852 die Rechte gründet, welche sie im Verein mit Oesterreich von Dänemark zu erzwingen sich ansieht, hat sie durch diesen Act das Princip der Integrität der dänischen Monarchie, festgesetzt durch die Transactionen von 1851—1852, anerkannt. Indem die Regierung des Königs zur Occupation von Schleswig schreitet, hat sie nicht die Absicht, von diesem Princip abzuweichen. Wenn jedoch in Folge von Verwicklungen, welche durch die hartnäckige Weigerung der dänischen Regierung, ihre Verpflichtungen von 1852 zu erfüllen, oder durch die bewaffnete Einmischung anderer Mächte in den deutsch-dänischen Kampf entstehen können, die königliche Regierung sich gezwungen sehen sollte, Combinationen fallen zu lassen, die ein den Opfer, welche die Ereignisse den deutschen Mächten auferlegen dürften, nicht mehr entsprechendes Resultat bieten würden, so könnte ohne die Zustimmung der Mächte, welche den Londoner Vertrag unterzeichnet haben, keine engtägige Vereinbarung getroffen werden. Die britische Regierung würde dann die königliche Regierung bereit finden, sich mit ihr über die endgiltige Feststellung der deutsch-dänischen Frage zu verständigen. Sw. Exc. wird ersucht, dem Lord Russell diese Depesche vorzulesen und ihm eine Abschrift derselben zu überreichen.

(gez.) Bismarck.

Die „Times“ bemerkt über die Depesche des Herrn v. Bismarck: Wenn ihr Sinn der ist, daß in irgend einem möglichen Falle Oesterreich sich veranlaßt fühlen könnte, Veränderungen mit der dänischen Monarchie vorzunehmen, so hat die formelle Anerkennung, mit welcher die Note beginnt, wenig zu bedeuten. Wir glauben, daß Preußen selbst jetzt noch bestrbt ist, den dänischen Staat unangestastet zu lassen, zugleich aber auch bestrbt, Deutschland zu friedens zu stellen und sich einen doppelten Weg des Handelns offen zu halten. Es wird Englands und der anderen Mächte, welche den Vertrag von 1852 unterzeichneten, Sache sein, ihr Aeußerstes zu thun, um Preußen bei diesem Arrangement festzuhalten, und da Herr v. Bismarck ihr Recht, bei Erledigung der dänischen Frage mitzuwirken, ausdrücklich anerkennt, so wird es ihrerseits keine ungebührliche Anmaßung sein, wenn sie ihre Vorstellungen gegen das von den Verbündeten noch immer beobachtete Verfahren fortsetzen.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Erklärungen Lord Palmerstons im Parlament, daß Preußen und Oesterreich erklärt hätten, die Integrität Dänemarks aufrecht halten zu wollen, dann, daß England bereit sei, die Bürgschaft für die Aufhebung der Novemberverfassung zu übernehmen, als ungegründet.

Die den Civil-Commissären Oesterreichs und Preußens für Schleswig erteilten Instruktionen weisen angeblich dieselben an, im Sinne der bereits beim Beginn der militärischen Action von dem höchsten Commandirenden der vereinigten österreichisch-preussischen Truppen vorausgeschickten Proclamation an die Bevölkerung Schleswigs, alle Partei-Demonstrationen und in erster Reihe alle Anerkennungs- und Huldigungsacte, welche die bona fides der von den beiden Mächten nach auswärts hin gerichteten Erklärungen zu compromittiren geeignet erscheinen könnten, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln hintanzuhalten.

Die „Presse“ glaubt, auf verlässliche Nachrichten gestützt, versichern zu können, daß die Schleswig-Holsteinische Angelegenheit in diesem Augenblicke bereits den todtten Punct des Londoner Vertrages überwunden hat, und daß vorzugsweise diese Wendung in den letzten Tagen Gegenstand der ernstesten Beratungen zwischen den Cabinetten von Wien und Berlin war. Von unterrichteter Seite wird dem erwähnten Blatte hierüber in einer die eingetretene Wendung bezeichnenden Weise Folgendes geschrieben: Die „Nordd. Allg. Ztg.“ weist darauf hin, daß, wenn die deutschen Großmächte in ihrer zu London am 3. Februar übergebenen identischen Note sich noch durch den Londoner Vertrag für gebunden, und auch

noch an den Stipulationen von 1851/52 festhalten zu wollen erklären, diese Erklärungen vor dem Ausbruch des Krieges abgegeben worden seien, der Krieg aber nach dem Völkerrechte alle Verträge aufhebe. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ spricht hiemit unzweifelhaft die Ansicht des preussischen Cabinets aus — eine Ansicht, deren Richtigkeit so einleuchtend, so gleichsam von selbst aufdringend ist, daß man von vorn herein überzeugt sein darf, dieselbe werde vom österreichischen Cabinet vollkommen getheilt. Man hat aus einem Communiqué der „General-Correspondenz“ das Gegentheil deduciren und aus demselben folgern wollen, Oesterreich werde nicht so weit gehen wie Preußen, d. h. bei der Anerkennung der Rechtsverbindlichkeit des Londoner Vertrages trotz des Krieges verharren. Aber man muß eben auf die Daten achten! Das besagte Mitgetheilte war nur ein Résumé jener nach London zu einer Zeit gesendeten und abgegebenen Erklärung, wo die Tragweite, welche die damals eben beginnende Action gegen Dänemark so rasch erhalten sollte, unmöglich noch zu berechnen war. Sept. jedenfalls kann der Londoner Vertrag nicht mehr die Basis der beiden deutschen Großmächte bilden. Das ist gewiß. Dieses negative Resultat hat der Krieg bereits erreicht. Nach der positiven Seite dagegen dürfte noch gar nichts festgestellt sein, sich auch in dieser Beziehung nichts feststellen lassen. Das hängt eben von der Macht der Thatfachen, von den Eventualitäten des Krieges ab, nach dessen Abschluß jedenfalls eine europäische Konferenz stattfinden wird. Es läßt sich aber im gegenwärtigen Stadium der Sache kaum mehr mit einiger Sicherheit sagen, als daß Oesterreich und Preußen ebenso wenig wie der deutsche Bund auf dieser Konferenz die Basis des Londoner Vertrages acceptiren werden.

Die „Südd. Ztg.“ meldet, daß zu den von München projectirten Ministerconferenzen Weimar seine Einladung erhalten hat und der ganze Plan auf Hindernisse gestoßen ist. Die „Weim. Z.“ schreibt: Neuerdings ist in dem von Baiern aus angeregten Plane der Zusammenberufung von Minister-Conferenzen eine Verzögerung eingetreten. Wir glauben zu wissen, daß die von Baiern gethanen Schritte, die sich zunächst auf die Mittelstaaten erstreckt haben, in Hannover und Stuttgart nicht in entsprechender Weise aufgenommen worden sind; die großherzogliche Regierung hat, wie wir annehmen dürfen, eine Aufforderung nicht erhalten.“ Nach einem Münchener Schreiben des „Botschaft.“ wird die Eröffnung der von Baiern ausgeschriebenen Minister-Conferenzen nicht zu Stande kommen. Das ganze Project ist als gescheitert zu betrachten. Nicht von Württemberg kam der Widerstand, sondern zunächst von Hannover. Kurbessen folgte dem hannoverschen Beispiele. Baiern hätte nun „mit Wenigen“ vorgehen können, allein auch unter den Wenigen herrsche nicht jenes volle Einverständnis, welches allein der ganzen Sache hätte werden können. Baden scheint in seinem Uebereifer der Sache mehr geschadet als genützt zu haben.

Nach der „N. P. Z.“ werden Oesterreich und Preußen gegen die Pfordtensche Denkschrift, welche — irren wir nicht — einige 30 Bogen umfaßt, eine Gegenschrift einreichen. Abgesehen von dem meritorischen Theil dieses Memoires, kehrt sich dasselbe einleitend schon gegen den vom Ausschuss beliebten modus providendi, und erachtet es für unvereinbar selbst mit dem gewöhnlichsten Rechtsgefühl, daß ein Fürst, der sich notorisch im Besitz des streitigen Objectes befindet, seines Rechtes verlustig erklärt wurde, nicht bloß, ohne daß er über seine Rechtstitel gehört, sondern auch sogar, ohne daß dessen Gegner aufgefordert worden, oder aus eigener Bewegung Schritte gethan, seine Ansprüche in anderer Weise als eben durch die Erhebung solcher Ansprüche zu begründen.

Die Angabe einer bei dem Bunde eingelaufenen Beschwärde Didenburgs wegen der Vorgänge bei dem Durchmarsch preussischer Truppen durch das Gutiner Gebiet wird nun eben so bestimmt in Abrede gestellt, als sie vor einigen Tagen behauptet worden. Daß die Absicht bestand, dürfte übrigens nachträglich auch aus der Aufkündigung eines solchen Schrittes in der „Dlden. Ztg.“ erhellen; erfolgt ist er aber in der That beim Bunde nicht. (Die Kunde von den Vorgängen in Schleswig, welche beweisen, wie sehr Eile in der That zu wünschen war, mag dahin gewirkt haben.)

In Kopenhagen herrscht, wie die „Hamb. N.“ melden, unbefriedigende Entrüstung wegen der Räumung des Dannewerks und wegen des Rückzuges. Beide Reichstagshäuser suspendirten die Sitzungen; an der Börse fanden keine Coursnotirungen statt. Die königliche Proclamation an das Heer macht einen ungünstigen Eindruck. Das Hauptquartier der Armee ist in Flensburg; ringsum sind die dänischen Truppen concentrirt, vom Feinde verfolgt.

Der Londoner „International“ erwähnt eines in der City verbreiteten Gerüchtes, wonach zwischen König Christian IX. und der englischen Regierung abgemacht wäre, daß Bischof Monrad demnächst einem andern Conseils-Präsidenten Platz machen solle, dessen Programm darin bestünde, die November-Verfassung zurückzuziehen und zwischen den Herzogthümern und der dänischen Krone das Verhältniß der Personalunion wieder herzustellen. England würde eine Flotte nach Kopenhagen entsenden, deren Anwesenheit dem Könige bei Durchführung dieser Maßregel Schutz gegen eventuelle Ausbrüche des Pöbels gewährte. Wäre dieser Schritt einmal geschehen und Oesterreich und Preußen dieses Zugeständniß gemacht, so würde England in kategorischer Weise die Räumung von Schleswig durch die deutschen Truppen fordern und dieselbe zum Casus belli machen.

Der „R. Z.“ wird aus Bern geschrieben: Aus Paris erhalten wir die Bestätigung der Nachricht, daß Marschall Mac Mahon und General Forey zum Kaiser beschieden worden waren, um die Aufstellung eines französischen Observations-Corps in dem Rhein-Departement vorzubereiten. Die hierauf bezüglichen Arbeiten sollen vollständig beendigt sein, so daß es nur noch der kaiserlichen Ordre bedarf, um diese Maßregel von heute zu morgen zur Ausführung zu bringen. Unser Gewährsmann glaubt versichern zu können, daß die nächsten Tage die erwartete Erklärung über die kaiserliche Politik in dem deutsch-deutschen Conflict bringen werden.

Ueber die weiteren Kriegsaussichten schreibt die „Zeidler'sche Correspondenz“: Es erscheint uns nicht berechtigt, daß die „National-Zeitung“ und einige andere demokratische Organe das Ende des deutsch-dänischen Krieges proclamiren. Wir sind heute vielmehr in der seltenen Lage, einen Theil der uns vorliegenden heutigen Kriegsanschauungen der „Köln. Ztg.“ zu billigen. Wir sehen einen Blodadekrieg für wahrscheinlich an und hierdurch provocirt ein Vorrücken der Truppen nach Jütland. Wenn die Kölnerin in der Hemmung unserer Schifffahrt zwar mit Recht einen großen nationalen Nachtheil sieht, so halten wir doch die Beschädigung Dänemarks durch die totale Einnahme Schleswigs und Jütlands für ungleich nachtheiliger. Daß sie endlich ihre französischen Freunde wieder einmal in Gestalt eines Observationscorps gegen Preußen aufgestellt sieht und glaubt, ist jene seit langer Zeit bestehende Hallucination der Kölnerin, ohne die sie sich keine Ereignisse denken kann.

Der ital. Minister des Aeußern, Monf. Benetti Venosta, hat die Unverschämtheit gehabt, wir finden kein milderer Wort dafür, dem Minister Drouyn de Lhuys eine Beschwärde gegen Oesterreich zu übergeben. In derselben wird, wie der „Botsch.“ meldet, darüber Beschwerde geführt, daß Oesterreich den Vertrag von Zürich verletzt habe (!). Es wird sich auf häufige Gränzverletzungen, welche österreichischerseits gegen Modena zu stattfinden sollen, auf Diebstähle, welche von österreichischen Unterthanen über die Gränze gegen Modena zu verübt werden, deren Thäter sich dann über den Fluß unter den Schutz österreichischer Bayonnette zurückziehen (!), auf die Befestigungen von Peschiera, welche gegen den Züricher Vertrag immer mehr gegen die Gränze vorgeschoben werden, endlich auf die drohenden Küftungen in Benedig berufen, und überhaupt 20 Punkte von angeblichen Verletzungen des Züricher Vertrages angeführt. In Wien ist diese Note nach dem „Botschafter“ nicht übergeben worden. Im Gegentheil beantwortete, wie verlautet, die französische Regierung die Bitten, Anträge und Vorschläge, welche der sardinische Abgesandte Pasolini in Paris übermittelte, nicht bloß entschieden zurückweisend, sondern sie erklärte zugleich der Kurirer Regierung, daß sie im Interesse der Erhaltung des europäischen Friedens und zum Besten Italiens selbst, um es von einem verzweifelten Unternehmen abzuhalten, sich veranlaßt sehe, der österreichischen Regierung die nöthigen Warnungen zukommen zu lassen.

Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Herrenhauses am 8. Febr. gelangte der Bericht der Finanzcommission über den Jahresbericht der Staatsschuldencontrolcommission zur Verhandlung.

Das Abgeordnetenhaus hat über Antrag der Staatsschuldencontrolcommission eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, welche seinerzeit mitgetheilt wurden. Die Finanzcommission des Herrenhauses hat an diesen einige Aenderungen vorgenommen, stimmt jedoch in der Wesenheit mit den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses überein.

1. Antrag lautet: Die Umwandlung der in österreichischer Währung ausgestellten Staatsschuldverschreibungen in auf Conventionemünze lautende Obligationen ist der Allerhöchsten Entschliessung vom 3. September 1858 zuwider und hätte vermieden werden sollen.

Der Antrag der Finanzcommission wird angenommen.

2. Antrag lautend: „Die im Wege der Staatslotterien zu Wohlthätigkeitszwecken eingegangenen Summen hätten nicht in die schwebende Schuld aufgenommen werden sollen“, wird nach einer kurzen Erläuterung des Finanzministers ohne Debatte angenommen.

Antrag 3 lautend: „Die Verwahrung der in Folge des mit Allerhöchster Entschliessung vom 24. Juni 1851 aufgenommenen Anlehens, Serie A ursprünglich ausgegebenen, mit 2 1/2 pCt. verzinlichen Obligationen pr. 17.288,500 fl. auf 20.885,000 fl. entspricht nicht dem Wortlaut dieser Allerhöchsten Entschliessung“, wird nach der Erklärung des Finanzministers, daß seit 1853 dies nicht mehr geschehen ist, und früher nur aus den Rücksichten für das Ausland, welche er schon früher anführte, geschehen sei, abgelehnt.

Antrag 4 lautend: „Die in dem Finanzgesetz für das Jahr 1863 pag. 333, R. G. Bl. in der Staatsschuld D unter e erscheinende Benennung: „Landmientenschädigungsrenten“ ist im nächsten Finanzgesetz in die richtige: „Zinsen für die Landmientenschädigung“ umzuändern, erklärt sich der Finanzminister mit der beantragten Stylistik einverstanden, macht aber darauf aufmerksam, ob es statthaft sei, jetzt zu beschließen, wie das nächste Finanzgesetz stylisirt sein soll, worauf der Antrag angenommen wird.

Bei Antrag 5 lautend: „Die Ansicht der Ueberschüsse einzelner Grundentlastungsfunde, ist nicht in Ordnung gewesen“, erklärt der Finanzminister, es sei richtig, die Ueberschüsse hätten nicht an sich gezogen werden sollen, aber finanzielle Rücksichten machten es früher notwendig. Jetzt finde es nicht mehr statt, vielmehr sei die Regierung bemüht, diese Ueberschüsse so rasch als möglich zurückzahlen. Der Antrag wird sodann angenommen.

Antrag 6 lautend: „In den Staatsschuldverschreibungen, welche in Folge der mit Ministerkummadung vom 26. October 1858 Nr. 190 R. G. B. eingeleiteten Convertirung auf österreichische Währung, in letzterer ausgearbeitet worden, ist, da solche gegenwärtig nur mit einem späteren Datum als das Gesetz vom 13. December 1862 Nr. 96 R. G. B. ausgestellt werden können, ersichtlich zu machen, daß dieselben der in §. 13 dieses Gesetzes vorgeschriebenen Gegenzeichnung der reichsräthlichen Schulden-Controls-Commission nicht unterliegen.“

Der Commission-Antrag wird hierauf angenommen.

Antrag 7 lautet: „Die Abwicklung des mit der privilegierten österreichischen Nationalbank abgeschlossenen Depotgeschäftes, vermöge welchem derselben 3.106,000 fl. Lotterieanlehens-Obligationen vom Jahre 1860 gegen einen Voranschuss von 1.850,000 fl. verpfändet sind, hätte wo möglich mit dem nächsten Verfallstermine, hingegen jene des Depots des Staates in Silber zugleich einzutreten, weil nach §. 62 der neuen Bankstatuten solche Geschäfte zwischen der Finanzverwaltung und der Nationalbank nicht gestattet sind.“

Antrag 8 lautet: „Sede wie immer geartete Unternehmung der schwebenden Staatsschuld, als auch jener durch Depotgeschäfte, bedarf, in soweit nicht auf Grund des §. 13 des Staatsgrundgesetzes nach Zulass der versassungsmässigen Beschränkungen eine Ausnahme Platz greift, zu ihrem rechtswirksamen Bestande der Zustimmung des Reichsrathes.“

Frh. v. Lichtenfels bekämpft den hier ausgesprochenen Grundrath, weist auf §. 10 der Verfassung hin, wo es heißt, daß neue Anlehen der Zustimmung des Reichsrathes bedürfen. Es sei aber ein Unterschied zwischen neuen Anlehen und Depot-Geschäften welche für kurze Dauer abgeschlossen werden. Nach der Verfassung sei also der Antrag nicht bewilligt und könnte durch Interpretation herein gelegt werden. Eine Verfassungsfrage könne man aber nicht auf diese Weise lesen. Redner weist noch auf die Nothwendigkeit von Depotgeschäften für die Finanzverwaltung hin, wenn sie nicht in Zahlungstockung gerathen oder große Verluste durch Hintanzgabe der Obligationen zu niederen Cursen erleiden will und stellt den Antrag, das Haus solle beschließen, es sei in den vom Abgeordnetenhaus über diesen Gegenstand gefassten Beschluß nicht einzugehen, (wird unterstützt.)

Bei der Abstimmung wird der Antrag Lichtenfels und ebenso der Antrag der Commission abgelehnt.

Antrag 9 lautet: „Die Verpfändung der dem lomb. venet. Amortisationsfonde gehörigen 3.500.000 fl. österr. Währung Obligationen gegen einen mit Ende Juni 1863 fälligen Voranschuss von 1.000.000 fl. in Silber kann nicht als ein ordnungsmässiger Vorgang angenommen werden, da dieser Fond seine gesetzliche Bestimmung hat — und ist dieses Geschäft wo möglich — mit dem Verfallstage abzuwickeln“, wird ohne Debatte angenommen.

Schluss der Sitzung 3 Uhr.

Nächste Sitzung Mittwoch.

Der Ausschuss für die siebenbürgische Gesebndungfrage ist in seinen Arbeiten so weit vorgeschritten, daß er bereits einen Berichtstatter in der Person des Abgeordneten Binder bestellt hat. Auf Grund des Gutachtens der Experten hat der Ausschuss das Anlagecapital für welches 5 1/2 pCt. Zinsen zu garantirt sind mit 43 Mill. Gulden festgesetzt. Der Gesellentwurf enthält auch die Bestimmung, daß die Regierung eventuell den Bau selbst ausführen

und zu diesem Behufe Obligationen ausgeben könne. Ein Minoritätsvotum soll zu Gunsten der Großwardein Klausenburger Linie abgegeben werden. Berichtstatter der Minorität ist Abgeordneter Croisz.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. Febr. Se. k. k. Apostolische Majestät geruhen im Laufe des heutigen Vormittags zahlreiche Privataudienzen zu ertheilen.

Se. Majestät der Kaiser hat, wie der „Presse“ berichtet wird, den Prinzen von Württemberg, Oberst des Infanterie-Regiments König der Belgier, wegen seiner ausgezeichneten Tapferkeit vor dem Feinde im Treffen bei Devesee zum Generalmajor ernannt. Der tapere Oberst ist bekanntlich verwundet; die neuesten Nachrichten (i. u.) geben jedoch Hoffnung auf seine Genesung.

Ihre Maj. die Kaiserin Karolina Augusta feiert heute ihren 73. Geburtstag.

Ihre Majestät die Kaiserin Maria Anna haben dem Prager St. Ludmilla-Frauenverein 200 fl. zu spenden geruht.

Ueber die Krankheit der so unverhofft verstorbenen Frau Herzogin von Parma erfahren wir, daß es ein typhöses Fieber war, welches in höchst überraschender Weise, jenesagen binnen wenigen Stunden, einen tödtlichen Ausgang genommen hat.

Herr v. Wydenbruck, der Bevollmächtigte des Prinzen von Augustenburg, ist, der „Nid. Post“ zufolge sammt Familie hier eingetroffen und hat eine Privatwohnung bezogen.

Die eroberte gezogene dänische Kanone wird in das Wiener Arsenal gebracht werden, um mit derselben Proberunde zum Vergleiche des Kalibers der dänischen Geschütze mit jenem der österreichischen Kanonen zu veranstalten.

Aus Prag meldet der „Tag. a. B.“ Die Gattin und die Tochter des Obersten Benedek vom Infanterie-Regiment König von Preußen sind gestern nach Kemsburg abgereist. Dem Herrn Obersten soll durch eine Kugel der rechte Arm zertrümmert worden sein.

Aus Jgla u meldet der „Mähr. Corr.“: Drei der hiesigen polnischen Infurgenten, der bessern Classe angehörig, darunter ein ehemals kaiserlich russischer Offizier kann über 20 Jahre alt, wurden am gestrigen Tage über Verfügung des k. k. Bezirksamtes in engeren Gewahrsam genommen, und wegen Mangels entsprechender Localitäten in der Festung untergebracht, nachdem Umstände gegen dieselben vorwalten, die auf einen directen Verkehr mit der geheimen polnischen Nationalregierung schließen lassen. Auch gegen die übrigen Internirten wurden die Vorsichtsmaßregeln verschärft.

Deutschland.

Nach den neuesten Nachrichten hat Prinz Friedrich Carl schon Glücksburg an dem Südufer der Hensburger Bucht besetzt. Von Arnis bis Hensburg beträgt die Entfernung 5—6 Meilen. Etwa 1 1/2 Meilen vor Hensburg geht der Weg nordwärts nach Glücksburg und weiter nach Hollnis in der nördlichsten Spitze der Landschaft Angeln, wo auch 1848 Gefochten worden ist. Von Hollnis aus führt eine Fähr über den hier durch die Halbinsel Sundewitt eingezogenen Zugang zum Hensburger Busen nach Brunsnis auf Sundewitt. Von Brunsnis quer durch die Halbinsel bis Düppel sind nur 2 Meilen, während der Weg von Hensburg aus bis an diesen Uebergangspunct nach Allen wegen der Krümmungen des nördlichen Ufers der Bucht 5 Meilen beträgt. Der Brückenkopf von Wisunde soll geprengt worden sein.

Eine tel. Depesche aus Hamburg, 8. d. Abds. meldet: Das Gerücht, daß die Preußen von Glücksburg aus bei Hollnis nach Düppel übergesetzt sind, die schwach besetzte Düppeler Schanzen genommen haben und mit dem Gros des Corps nach Apenrade gerückt sind, um der retirirenden dänischen Armee den Weg nach Sütland abzuschneiden, gewinnt immer mehr Boden.

Aus dem Hauptquartier Sieverfeld ist ein Telegramm vom 6. d. 10 Uhr Abends in Wien eingetroffen, welches die Angaben der im gestrigen Frühblatt enthaltenen telegraphischen Depesche bestätigt und noch hinzufügt, daß die Verluste des 9. Jägerbataillons und des Regiments König der Belgier in dem glänzenden Gefecht gegen die feindliche Artillerie bei Dovesee sehr beträchtlich waren. Mehrere Escadrons Liechtenstein-Squaden haben an dem Gefecht Theil genommen. Im höchsten Grade bewundernswürth ist die Muthigkeit, mit welcher die Dänen verfolgt wurden. Die Distanz vom Dannewerk bis Dovesee beträgt über vier Meilen und wurde von den österreichischen Truppen mit ungläublicher Geschwindigkeit zurückgelegt.

Eine in Wien eingetroffene telegraphische Depesche aus Schleswig, 8. Febr., meldet: Dem Oberst Herzog von Württemberg geht es möglich gut. Ein tel. Bericht des FML. Goblens ddo. Fürup gibt nachfolgend die Namen der todt und verwundeten Officiere vom 6.: Von Belgien Infanterie-Regiment Nr. 27: todt: Oberlieutenant Pfleger, Profesch, Lieutenant Haldegg, Nejn. Verwundet: Oberst Herzog von Württemberg, Oberstlieutenant Illschitz, Hauptmann Entner, Sabatowich, Hochhauer, Castella, Hofmann, Froschauer, Oberlieutenant Rathlew, Lieutenant Höpler, Moraweg, Barmann, Wimpffen, Schwarz. Vom 9. Jägerbataillon todt: Oberlieutenant Laiml, Lamotte, Lieutenant Herold. Verwundet: Hauptmann Schmigoz, Hermann, Haradauer, Went, Oberlieutenant Urschüg, Lieutenant Pflug. Von Husaren: Rittmeister Graf Lamberg leicht verwundet.

In einem Berichte der „Nordd. Allg. Ztg.“ aus dem Hauptquartier Damendorf, 4. Februar,

lesen wir: . . . Das Gefecht entspann sich bei Jagel und Hahnenkrug und endete bei Ober- und Nieder-Sell mit der Wegnahme beider Dörfer und der wichtigen Position des Königsberges. Die Bravour, mit der sich die österreichischen Truppen geschlagen, ist über jedes Lob erhaben. Der Generalmajor Graf Sonderecourt exponirte sich in einer Weise, die allgemeinen Enthusiasmus erregte. Der Graf vergaß über dem persönlichen Heldenmuth, der ihn vorwärts trieb, fast den Commandirenden. Aus solchem Munde muß das Lob, welches der General dem Widerstande der Dänen ertheilt, von doppeltem Werth sein. Das 18. österreichische Jägerbataillon zeichnete sich ganz besonders aus, es war dies das Bataillon, welches die dänische Kanone, eines eisernen Schöpfpünder, nahm. Auf das Feuersgefecht ließen sich diese bewundernswürdigen Truppen wenig ein, jede Position wurde nach kurzem Gefechte mit dem Bajonnett genommen. Neben der österreichischen Brigade socht das preußische Jülierbataillon vom Regiment Königin und eine Batterie der preußischen Artillerie. Mit Stolz muß es jedes Preußenherz erfüllen, daß diese Truppen sich ihrer schlachtengewohnten Kameraden nicht nur würdig, sondern ihnen vollkommen ebenbürtig zeigten. Unsere Batterie chargirte wie auf dem Exercirplatz: dieselbe Ruhe, dieselbe Exactität, dieselbe Sicherheit im Treffen.

Wie es heißt, hätte der dänische Commandirende die Absicht gehabt, vor seinem Abzug Schloß Gottorf in die Luft zu sprengen und die daselbst befindlichen Magazine in Brand zu stecken. Beides sei auf Befehl des Königs, seine Vaterstadt zu schonen, unterblieben. Die Anzahl der von den Dänen zurückgelassenen Positionsgeschütze wird auf 120 angegeben.

Die „Berl. Tidende“ vom 3. Februar enthält ein Telegramm aus Schleswig vom 3. d. 1 Uhr folgenden Inhalts: Bei Wisunde griffen die Preußen gestern mit 9000 Mann und zwei Batterien an. Wir hatten 9 Compagnien des 3. und 18. Infanterie-Regiments und zwei Schwadronen des 4. Dragoner-Regiments im Feuer. Zweimal versuchte der Feind zu stürmen, aber er wurde zurückgeworfen. Der Feind ließ im Anfang seine Todten und Verwundeten liegen, wahrscheinlich wußte er nicht, daß wir gegen die Seeboote vorrückten. Später brachte er die meisten von ihnen fort. Beim gestrigen Treffen hatten wir starken Nebel und düstres Wetter. Unseren Verlust kann man noch nicht genau angeben. Nach einer Schätzung betrug er 150 bis 200 Mann. Capitän Schow vom 18. Infanterie-Regiment, Lieutenant Seyffahrt vom 3. Infanterie-Regiment und Artillerie-Lieutenant Klubien sind gefallen. Lieutenant Meulenbradt vom 4. Dragoner-Regiment, Lieutenant Lommer vom 3. Inf-Reg., Capitän Wolke von demselben Regiment und Lieut. Blahme von der Kriegesreserve sind verwundet. Die See ist offen. Der König wohnt in Gottorf und hat befohlen, daß die Armee wegen der ausgesprochenen Feindseligkeiten die Trauerzeichen, die sie wegen des verstorbenen Königs angelegt, ablegen soll.

Aus Schleswig, 5. Februar, meldet eine dänische Depesche in englischen Blättern: Man feuert heute auf der Seite von Hadeby ohne ein bestimmtes Ziel. Die Dänen haben im Ganzen 1000 Kampfanfähige, 300 Todte oder Gefangene in den verchiedenen Actionen und 700 Kranke in Folge des rauhen Wetters.

Die Londoner Blätter enthalten fortdauernd Telegramme aus dänischen Quellen, die an den seltsamsten Uebertreibungen leiden. So bringt der „Morning Herald“ über die vorstehend erwähnten Gefechte folgende Depesche: „Hensburg, 3. Februar, Abends: Die Preußen haben heute Nachmittags 3 Uhr die Schanzen bei Hadeby und Vistorf angegriffen. Die Dänen haben sich in ihren Positionen behauptet. Der Feind hat am Abend seinen Rückzug bewirkt. Die Deutschen hatten 10,000 Mann, die Dänen 3000 Mann im Feuer. Ein preußisches Regiment ist vollständig vernichtet worden. (!) Die dänischen Dragoner haben die preußischen Husaren vor sich in die Flucht getrieben.“ (!) Der Absender dieser Depesche hat nicht einmal gewußt, daß am Dannewerke ausschließlich Oesterreicher engagirt waren; Cavallerie pflegt überdies bei der Erstürmung von Schanzen nicht verwendet zu werden.

Ueber die Kampfesart der Dänen sagt ein Kemsburger Correspondent der „N. Ztg.“: „Personen, welche die Dänen vor 15 oder 16 Jahren haben sechten sehen, geben ihnen das Zeugniß, daß Vieles bei ihnen besser geworden sei. Nur Bajonettangriffe scheinen sie auch heute noch nicht ausshalten zu können. Aber das wird ihnen auch kaum viel schaden, je lange sie dem Kampfe im freien Felde nach Belieben ausweichen können. Ihre Kriegeskunst ist sehr einfach: Im freien Felde weichen sie zurück und lassen die Verbündeten recht nahe an die Schanzen kommen, von wo aus dann ein sehr starkes, aber ruhiges Feuer eröffnet wird. Auch die dänische Infanterie schießt ganz vorzüglich. Auf diese Weise haben sie bei Wisunde den Preußen empfindliche Verluste beigebracht ohne selbst, wenn nicht durch bloßen Zufall, irgend etwas zu leiden. Bei Wisunde ist, obgleich auch Infanterie ins Feuer kam, doch hauptsächlich mit Artillerie gefochten worden. Es gibt preußische Leute, welche lange in Feuer gestanden, und doch buchstäblich nicht einen einzigen Dänen zu sehen bekommen haben. So vollständig verdeckt bedienen diese ihre Geschütze.“

Nach Berichten aus Kiel empfing der Herzog eine Huldtigungsdeputation aus Schleswig und Nübel. Am 6. wurde der Herzog zu Norderbrarup in Angeln von 800 Bauern proclamirt. Am 6. wurde Herzog Friedrich unter Glockengeläute in Schleswig vom Rathhause proclamirt, desgleichen in Friedrichstadt.

Das „Gesetz- und Verordnungsblatt“ für die Herzogthümer Holstein und Lauenburg, Nr. 14, enthält nachstehende Bekanntmachung der Bundescommissi-

onäre: „Nachdem die Gründe, welche uns beim Eintritt der Bundesreunion in Holstein und Lauenburg veranlaßt hatten, die Polizeibehörden zu regelmässiger Berichterstattung über die Lage der öffentlichen Verhältnisse anzuweisen, gegenwärtig als erledigt angesehen werden können, finden Wir uns bewegt, die bezüglich Bestimmung in Punct 3 Unserer Bekanntmachung vom 24. December 1863 insofern hiemit wiederum aufzuheben, wogegen es dabei, daß über außerordentliche Vorgänge unverweilt an uns unmittelbar von den Polizeibehörden Bericht zu erstatten ist, nach wie vor bis auf Weiteres zu wachen hat. Altona, 3. Februar 1864. Die Bundescommissäre.“

General v. Hafe habe auch von O. M. v. Wrangel die Auslieferung der sechs streitigen holsteinischen Dörfer jenseits der Eider verlangt, worauf ihm jedoch von Wrangel die Untergangung wurde, daß er derselben zu seinen strategischen Operationen bedürfe und dem an ihn gestellten Verlangen daher nicht entsprechen könne.

Die heissen-darmstädtische Landesversammlung hat am 7. d. die Resolutionen betreffs Schleswig-Holsteins einstimmig angenommen.

Wie man aus Magdeburg schreibt, sind am 7. d. Abends die ersten kriegsgefangenen Dänen dort eingetroffen und in der Citadelle untergebracht. Es sind ungefähr 200 Mann, darunter 6 Offiziere.

Se. Hoheit der Erbprinz von Dessau hat sich ebenfalls nach Schleswig begeben, um an dem Kampfe Theil zu nehmen.

Der „Preussische Staatsanzeiger“ meldet: Die Beschlagnahmen von Schiffen, wie jene von Seiten Dänemarks und Preußens, tragen nach dem Völkerrecht provisorischen Charakter; auch findet noch ein Benehmen mit Dänemark statt, um den Schiffen eine sechsmonatliche Frist zur Rückkehr zu gewähren.

Eine Correspondenz der „Elberfelder Ztg.“ macht angeichts der Beschlagnahme preussischer Schiffe durch Dänemark darauf aufmerksam, daß sich noch 10 Millionen Sundzoll-Schadungsgelder in den Händen Preußens befinden. In Folge der Beschlagnahme preussischer Schiffe in Helsingör weist die „Dissee-Z.“ darauf hin, daß in Wolgast ein dänisches Schiff (Courrier, Capitän Braun) liegt.

Frankreich.

Paris, 6. Februar. Gestern stand im Senat der Bericht des Grafen Casabianca über die Darimontsche Petition, welche die Annullirung gewisser vom Minister des Innern verfassungswidrig verhängter Preßstrafen verlangte, auf der Tagesordnung. Der Antrag der Commission lautete auf die „Vorfrage“, d. h. auf Abweisung ohne Discussion. Da weder Prinz Napoleon noch Vicomte de la Gueronniere das Wort begehrten, so schwiegen auch der Staatsminister Rouher und der Vice-Präsident des Staatrathes de Roquette. Der Sitzungsbericht des Moniteur meldet daher lakonisch, daß, da Niemand das Wort verlangte, die Vorfrage zur Abstimmung gestellt und angenommen ward. Dasselbe Schicksal hatten drei Petitionen, die sich über verfassungswidrige Wahlmagnationen der Regierung beschwerten. — Durch kaiserl. Decret vom 7. September 1854 wurde die Commission eingesetzt, welche die Herausgabe der Correspondenz Napoleon's I. besorgen sollte. Bis jetzt hat dieselbe bekanntlich 15 Bände veröffentlicht. Da indessen mehrere Mitglieder verstorben und andere behindert sind, auch ferner wie bisher an der großen Arbeit mitthätig zu sein, auch das Material sich in ungeheurer Fülle häuft, so ist durch kaiserliches Decret vom 3. d. M., das der Moniteur heute publicirt, eine neue Commission eingesetzt worden, an deren Spitze der Prinz Napoleon steht. Die Mitglieder derselben sind Graf Walewski, Senator Thiers, Graf Laborde, General-Director der kaiserl. Archive, Sainte-Beuve vom Institut und Oberst Favé, Adjutant des Kaisers. Die Secretäre werden vom Prinzen Napoleon ernannt. — Den Briefwechsel des Herzogs Maximilian über die Annahme der mericanischen Krone soll man haben veröffentlichen wollen, um durch diese Presfion dem Zögern des Herzogs ein Ende zu machen. Jetzt jedoch, wo man glaubt, an der baldigen Abreise des künftigen Kaisers nicht mehr zweifeln zu dürfen, ist man von dieser Absicht definitiv zurück gekommen. — Der Baarvorrath der Bank von Frankreich wird auf 191 Millionen angegeben.

Aus Paris wird vom 6. d. geschrieben: „Gestern wiederholten sich die geräuschvollen Auftritte in der zweiten Vorlesung, welche Viollet-Leduc in der Ecole des Beaux-Arts über Aesthetik hielt. Der kraft des Reorganisations-Decretes neu eingesetzte Professor konnte vor lauter Schreien und Scharen nicht zu Worte kommen. Graf Mewerkerke war auch dieses Mal anwesend und ergriff, da der Lärm immer zunahm, das Wort, um den jungen Leuten anzuzuschreiben, wenn sie mit der Ernennung und der Persönlichkeit des Herrn Viollet-Leduc unzufrieden seien, ihre Beschwerden auf dem administrativen Wege geltend zu machen und in dem Hörtuale sich ruhig zu verhalten, widrigenfalls man von seinem Rechte Gebrauch machen müßte, um sich diese Ruhe zu erzwingen. Darauf verließen die meisten der jungen Leute den Saal, nur wenige blieben zurück, welche den Vortrag des Herrn Viollet-Leduc mit wiederholtem Beifall belohnten. Es waren umfassende Sicherheitsmaßregeln getroffen worden. Eine ansehnliche Polizeimannschaft war vor dem Gebäude aufgestellt und eine auseinander Reservereitere war in einem der Säle in Bereitschaft gehalten. Glücklicherweise bedurfte es ihres activen Einschreitens nicht.“

Aus New-York meldet der Moniteur, daß die auf telegraphischem Wege von San Francisco gekommenen Nachrichten aus Mexico sehr befriedigend lauten: Bazaine war am 5. Januar in Guadalaajara mit 14,000 Mann eingerückt; Uruga stand mit 4000 Mann in Colima, war aber von allen Seiten umzing-

Das k. k. Kreis- als Pflanzgericht zu Jungbunzlau hat kraft der ihm von Sr. k. k. Apostolischen Majestät verliehenen Amtsgewalt zu Recht erkannt: Die weitere Verbreitung der Druckschrift: „Katalog, knihovny městanské besedy Mladoboleslavské 1863, tiskem Jozefa Zvickla, nákladem spolku 1863: werde bezüglich der darin enthaltenen verbotenen Druckschrift: „Početi roku 1620 od Vysokomytskyho“ 8, verboten.

Jungbunzlau den 21. Jänner 1864, Nr. 281.

3. 257. Edict. (132. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem abwesenden und dem Wohnorte nach unbekanntem H. Karl Baumann mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn das Hamburger Handlungshaus Casaryne Halsen & Comp. vertreten durch den Adv. Dr. Alth wegen Zahlung der Teilsumme pr. 10300 fl. öst. W. (s. N. G.) aus der größeren Summe pr. 14300 fl. öst. W. oder eigentlich aus der Summe 10416 fl. 7 kr. öst. W. unterm 7. Jänner 1864, 3. 257 hierorts eine Executionklage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber unterm 25. Jänner 1864, 3. 257, der hiergerichtliche Zahlungsauftrag erlassen ist.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Herrn Karl Baumann unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu seiner Vertretung und auf dessen Gefahr und Kosten den hiesigen Landesadv. Hrn. Dr. Korecki mit Substituierung des Landesadv. H. Dr. Witski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit seine Einwendungen zu erstatten, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird. Krakau, 25. Jänner 1864.

N. 1019. Edict. (133. 3)

Vom k. k. Krakauer Landesgerichte wird dem abwesenden und dem Wohnorte nach unbekanntem Karl Baumann mittelst des gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider ihn das Hamburger Handlungshaus Casaryne Halsen & Comp. vertreten durch den Adv. Dr. Alth wegen Zahlung der Wechselsumme von 100 Pfund Sterl. (s. N. G.) unterm 19. Jänner 1864, 3. 1019, Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber zur mündlichen Verhandlung nach Wechselrecht die Tagsetzung auf den 16. Februar 1864 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts angeordnet wurde.

Da der Aufenthaltsort des Belangten Carl Baumann unbekannt ist, so hat das k. k. Landesgericht zu dessen Vertretung und auf seine Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Korecki mit Substituierung des Advokaten Hrn. Dr. Witski als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict wird demnach der Belangte erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbehelfe dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem k. k. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorchriftsmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem er sich die aus deren Verabfäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben wird. Krakau, am 25. Jänner 1864.

L. 19465. Edykt. (130. 3)

C. k. Sąd krajowy niniejszém zawiadamia, iż w drodze egzekucji wyroku prawomocnego z dnia 25 Marca 1861 r. do l. 1791 celem zniesienia wspólnej własności realności pod l. 215 Dz. VIII. now. 74 lit. A. G. X. daw., na Kaźmierzu w Krakowie położonej, wedle ks. głów Gm. X. Kaźmierz vol. nov. 2 pag. 224, n. 9 haer. i pag. 225 n. 10 haer. spadkobierców Sary i Kronengold 2 Korngold własnej, publiczna sprzedaż téż realności w dwóch terminach, to jest dnia 10 Marca i 13 Kwietnia 1864 o godzinie 10 rano w tutejszym c. k. Sądzie krajowym pod następującymi warunkami odbyć się mająca dozwolona została:

- 1. Cenę wywołania stanowi wartość szacunkowa téj realności w kwocie 3088 złr. 85 kr. a. w., poniżej której realność w powyższych dwóch terminach sprzedaną nie będzie.
2. Chęć kupna mający przed rozpoczęciem licytowania złożyć do rąk komisji licytacyjnej wadium w okrągłej ilości 300 złr. a. w. gotówce lub w listach zastawnych Towarzystwa kredytowego galicyjskiego lub w obligacjach publicznych austriackich z kuponami bieżącymi według kursu w ostatniej gazecie Krakowskiej uwidocznionego, który wartości nominalnej tychże obligacji z listów zastawnych przesyłać nie może.

Resztę warunków, wyciąg hypoteczny i akt oszacowania przejrzanymi być mogą w registraturze tutejszego c. k. Sądu krajowego, zaś co do podatków i innych danin téj realności odsyła się chęć kupna mających do c. k. Urzędu powiatowego w Krakowie.

O rozpisanii téj licytacji zawiadamia się przez

proszących resztę współwłaścicieli, jako téż wierzycieli hypotecznych z miejsca pobytu wiadomych, oraz z miejsca pobytu niewiadomego wierzyciela Izraela Borsteina, dalej wierzycieli z imienia i miejsca pobytu niewiadomych, którzyby do ceny kupna téj realności 12000 złp. n. 7 on. za intabulowaną prawo mieli, nakoniec wszystkich wierzycieli hypotecznych z imienia i nazwiska c. k. Sądowi krajowemu niewiadomych, którzy po dniu 25 Stycznia 1863 r. do hypoteki realności N. 74, lit. A., G. X. star.; N. 215, Dz. VIII. now. weszli, lub którymy rezolucya licytacji rozpisyjąca, całkiem nie, lub wcześniej doręczoną być nie mogła, przez edykta i do rąk kuratora p. Adwokata Dr. Kańskiego, z substytucją p. Adw. Dra. Koreckiego, który się im do tego i następnych czynności sądowych ustanawia.

Kraków 30 Grudnia 1863.

N. 1801. Concurs-Kundmachung (146. 2-3)

Zu belegen ist: Eine Amts-Officialsstelle bei der Rechnungskanzlei der Finanz-Landes-Direction in Krakau in der XI. Diätenklasse mit dem Gehalte jährlicher 525 fl.

Gesuche sind insbesondere unter Nachweisung der Prüfung aus der Staatsrechnungs-Wissenschaft und der Kenntniz der polnischen Sprache binnen vier Wochen bei der Finanz-Landes-Direction in Krakau einzubringen.

Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, den 3. Februar 1864.

Nr. 175/pr. Concurs-Kundmachung. (147. 2-3)

Bei dem Hauptkassante II. Classe zu Szezakowa ist die Controllorensstelle mit dem Gehalte jährlicher 735 fl. dem Genusse einer Naturalwohnung und der Verpflichtung zur Leistung der Dienst-Caution im Betrage des Jahresgehaltes in Erledigung gekommen.

Bewerber um diesen Posten haben ihre Gesuche unter Nachweisung der allgemeinen Erfordernisse für den Staatsdienst, der Cautionsleistungsfähigkeit, der Kenntniz der Landessprache, der Prüfung aus der Waarenkunde und dem Zollverfahren und des Umstandes, ob und in welchem Grade etwa dieselben mit Beamten des Krakauer Verwaltungsbetriebes verwandt oder verschwägert sind, binnen vier Wochen bei dem k. k. Grenz-Inspector und Oberamts-Director zu Krakau einzubringen.

Auf geeignete disponible Bewerber wird besondere Rücksicht genommen. Von der k. k. Finanz-Landes-Direction. Krakau, am 3. Februar 1864.

L. 19763. Edykt. (135. 2-3)

Ces. król. Sąd krajowy w Krakowie niniejszém zawiadamia, iż na zaspojenie wywalczony przez p. Agnieszke Gilles przeciw Andrzejowi Schweizer sumy 675 złr. m. k. w ewangierach trzy sztuki na 1 złr. m. k. licząc z procentem po 5 od sta od dnia 12go Lipca 1855 do dnia 28. Września 1855 i od 3go Listopada 1856 aż do dnia wyplaty liczyć się mającym, dalej z kosztami sądowemi i egzekucyjnymi w ilości 5 złr. 69 kr. w. a. 21 złr. 52 1/2 kr. w. a., 4 złr. 20 kr. w. a., i 6 złr. 8 kr. w. a., już przyznaniem po straceni już zapłaconych 250 złr. w. a., jeszcze resztującą tudzież na zaspojenie dalszych kosztów egzekucyjnych niniejszém w ilości 51 złr. 65 kr. w. a. przyznanych — przymusowa sprzedaż prawa wieczystej dzierżawy (Erpacht) realności Młyn Kotelny lub Rozdziałowski w Zielonkach wedle ks. głów Gm. III. (Modlnica) vol. nov. 2 pag. 526 n. 2 ograniczeń Andrzejowi Schweigerowi przysługującego dozwoloną została, i takowa w trzech terminach to jest 17go Marca 1864, 21 Kwietnia 1864 i 25 Maja 1864 zawsze o godzinie 10 przed południem w tutejszym c. k. Sądzie odbędzie się.

Cenę wywoławczą stanowi wartość szacunkowa tego prawa wieczystej dzierżawy w sumie 9650 złr. 92 kr. w. a., niżej której w tych terminach prawo to sprzedane nie będzie.

Wadium wynosi sumę 965 złr. w. a., która w gotówce, lub w publicznych obligacjach długu państwa, lub téż w galicyjskich listach zastawnych podług kursu przed rozpoczęciem licytacji do rąk komisji licytacyjnej jako zakład złożona być ma.

Resztę warunków licytacji jako téż akt oszacowania i wyciąg hypoteczny wolno każdemu w registraturze Sądu tutejszego przegladnąć lub w odpisie podnieść.

O tém zawiadamia się strony i wierzycieli hypotecznych — zaś tych, którzyby do hypoteki po dniu 29 Września 1863 r. weszli, lub którymy rezolucya niniejsza weale nie lub zapóźno doręczoną została, przez niniejszy edykt i do rąk kuratora p. Adwok. Dr. Koreckiego z zastępstwem p. Dra. Geisslera ustanowionego.

Kraków, dnia 31 Grudnia 1863.

L. 18017. Edykt. (134. 3)

Ces. król. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pp. Józef Tetmajer, Wiktorya Tetmajer, Helena Tetmajer i Zofia z Tetmajerów Witowska, przez kuratora onęje p. Antoniego Nizińskiego przeciw Paulinie Nideckiej Ludwikowi Nideckiemu i Józefie z Deszkowskich Grażewskiej co do życia i miejsca pobytu niewiadomym a w razie śmierci onychże przeciw spadkobiercom toż samo co do życia i miejsca pobytu niewiadomym, o uznanie, że połowa 3/8 części sumy złp. 30000 wraz z procentami z tabeli płatniczej dóbr Łowców na miejscu IV. ustęp 1 i XXVII. ustęp 3 kolokowanej jest wolną od ciężarów i onymże z ceny kupna dóbr Łowców wydana być ma — pod d. 10 Grudnia 1863 do l. 18017 skargę wniosli i o pomoc sądową prosili, w skutek czego termin na dzień 28go Kwietnia 1864 o godzinie 10 przed południem wyznaczony został.

Ponieważ pobyt zapozwanych jest niewiadomy, przeczynały tutejszy Sąd dla zastępstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych, tutejszego Adwokata Dr. Rutowskiego z zastępstwem p. Adw. Dr. Serdy na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu zastępcy udzieliłi, lub téż innego obrońcę obrali, i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie o broniennia prawem przepisane środki użyli, inaczey z ich opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisywać musieliby.

Z rady c. k. Sądu obwodowego. Tarnów, 17 Grudnia 1863.

N. 3857. Edict. (140. 2-3)

Von dem k. k. Bezirksamte als Gericht in Lancut werden diejenigen, welche als Gläubiger an die Verlassenschaft des am 20. November 1863 ohne Testament verstorbenen Gustav Swoboda Apothekenpächter in Lancut eine Forderung zu stellen haben, aufgefordert, bei diesem Gerichte zur Anmeldung und Darthung ihrer Ansprüche den 13. April 1864 um 10 Uhr Vormittags zu erscheinen, oder bis dahin ihr Gesuch schriftlich zu überreichen, widrigenfalls an die Verlassenschaft, wenn sie durch Bezahlung der angemeldeten Forderungen erschöpft würde, kein weiterer Anspruch zulässig, als insofern ihnen ein Pfandrecht gebührt.

Lancut, am 8. Jänner 1864.

L. 3857. Edykt.

Przez c. k. Urząd powiatowy jako Sąd w Lancucie wyzwa się wszyscy ci, którzy jako wierzyciele do spadku p. Gustawa Swobody, dzierżawcy apteki w Lancucie, dnia 20 Listopada 1863 bez testamentu zmarłego jakowe pretensje mają, w tym sądzie celem zameldowania i udowodnienia swych wierzycielności dnia 13 Kwietnia 1864 o godzinie 10 przed południem stanęli, albo do tego czasu prosby swe na piśmie podali, gdyż w razie przeciwnym do spadku, jeżeli takowy przez zapłacenie zameldowanych wierzycielności wyczerpanym zostanie, żadnego prawa mieć nie będą, jeno o ile im prawo zastawu przysłuza.

C. k. Urząd powiatowy jako Sąd. Lancut, dnia 8 Stycznia 1864.

L. 2692. Edykt. (128. 3)

Ces. król. Sąd powiatowy w Skawinie czyni wiadomo, że dnia 29 Grudnia 1828 zmarła w Kobierzynie Anna z Kowalów Igo slobu Rudka, 2go Heród inaczey Bibczyk zwana, bez pozostawienia ostatniej woli rozporządzenia.

Sąd nie wiedząc o pobyciu syna téjże Jana Rudki, który w roku 1830 miał się do miasta Warszawy przenieść, wzywa jego, ażeby się w przeciągu roku jednego zgłosił w Sądzie tutejszym do dziedziczenia spadku po matce, inaczey bowiem spadek zgłaszającym się innym prawnym spadkobiercom przyznany zostanie.

Dla nieobecnych Jana Rudki ustanawia się kuratorem Stanisława Kloca.

C. k. Sąd powiatowy. Skawina, 27 Grudnia 1863.

3. 18030. Edict. (137. 2-3)

Vom k. k. Kreis- als Handelsgerichte in Tarnow wird bekannt gemacht, daß die laut Edict ddo. 26 November 1862, 31. 18733 über das sämmtliche Vermögen des protocollirten Tuchwaarenhändlers Nathan Dorf in Tarnow eingeleitete Ausgleichsverfahren zu Folge des kaiserlichlichen Beschlusses vom 28. Jänner 1864, 3. 18030 im Grunde erfolgter Befriedigung der Gläubiger und gestellten einverständlichen Begehrens der Interessenten aufgehoben worden ist.

Aus dem Rathe des k. k. Kreisgerichtes. Tarnow, am 28. Jänner 1864.

allgemeiner wechselseitiger Verein für Kranken- u. Lebensversicherungen in Wien.

Der Verein „Austria“ übernimmt gegen billigt gestellte Einzahlungen:

- 1. Versicherungen von Capitalien zahlbar nach Ableben des Versicherten oder nach Zurücklegung eines bestimmten Alters.
2. Versicherungen von Krankengeldern.
3. Versicherungen von Alterspensionen.
4. Kinderausstattungen durch Gröfnung von Erbgesellschaften.

Bis 31. Jänner 1863 hat der Verein „Austria“ bei Todes- und Erkrankungsfällen fl. 85,755 ausbezahlt.

Die Bezirks-Cassa für Krakau und Umgebung befindet sich bei Herrn A. J. Bett, Spezerei-Handlung, Kazimier Nr. 129 G. VI., welcher mündlich Auskünfte erteilt, so wie Programme und Statuten unentgeltlich anfolgt.

Wiener Börse-Bericht

vom 8. Februar. Öffentliche Schuld. A. Des Staates.

Table with 2 columns: Description of bonds and interest rates, and corresponding values in Gold and Silver.

B. Der Kronländer.

Table with 2 columns: Description of bonds from various crown lands and interest rates, and corresponding values in Gold and Silver.

Actien (pr. Ct.)

Table with 2 columns: Description of various stocks and interest rates, and corresponding values in Gold and Silver.

Handbriefe

Table with 2 columns: Description of various bills and interest rates, and corresponding values in Gold and Silver.

Wechsel 3 Monate.

Table with 2 columns: Description of 3-month exchange rates for various locations and corresponding values in Gold and Silver.

Cours der Geldsorten.

Table with 2 columns: Description of various currencies and interest rates, and corresponding values in Gold and Silver.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge

vom 15. September 1862 angefangen bis auf Weiteres

Table with 2 columns: Departure and arrival times for various train routes between cities like Krakau, Wien, and Tarnow.

Advertisement for George Hirschmann & Comp. featuring a steamship illustration and text: 'Für Reisende und Auswanderer... prompte Expedition... Hamburg.'

Meteorological observations table with columns for Barometer height, Temperature, Relative humidity, Wind direction and force, and other atmospheric conditions.